Falter Extra | bpb: Bundeszentrale für politische Bildung | bpb: المركز الإتّحادي للتربية المدنيّة

Grundrechte

Auszug aus dem Grundgesetz
für die Bundesrepublik Deutschland
(Artikel 1–19 GG und Artikel 20 GG)

الحقوق الأساسية

مقتطف من القانون الأساسي
لجمهورية ألمانيا الاتحادية
(المواد ١–١٩ و ٢٠ من القانون الأساسي)

Artikel 20
VERFASSUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bundesrepublik Deutschland
ist ein demokratischer und
sozialer Bundesstaat.

Artikel 20 / Verfassungsgrundsätze / Widerstandsrecht / Absatz 1

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 20 / Verfassungsgrundsätze / Widerstandsrecht / Absatz 2

جمهورية ألمانيا الاتحادية
هي دولة اتحادية
ديمقراطية واجتماعية.

المادة ٢٠ / المبادئ الدستورية / حق المقاومة / الفقرة ١

الشعب هو مصدر
جميع سلطات الدولة.

المادة ٢٠ / المبادئ الدستورية / حق المقاومة / الفقرة ٢

Artikel 16 STAATSANGEHÖRIGKEIT
Artikel 16a ASYLRECHT

لا يجوز سحب الجنسية الألمانية من حاملها.

المادة ١٦ / حظر سحب الجنسية والتسليم إلى دولة أخرى / الفقرة ١

يحظى المُلاحقون سياسياً بحق اللجوء.

المادة ١٦أ / حق اللجوء / الفقرة ١

Die deutsche Staatsangehörigkeit
darf nicht entzogen werden.

Artikel 16 / Staatsangehörigkeit / Auslieferung / Absatz 1

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Artikel 16a / Asylrecht / Absatz 1

REISEPASS

Artikel 10
BRIEFGEHEIMNIS

لا يجوز انتهاك سرية الرسائل والمراسلات البريدية والاتصالات.

المادة ١٠ / سرية الرسائل والبريد والاتصالات / الفقرة ١

Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

Artikel 10 / Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis / Absatz 1

Artikel 8
VERSAMMLUNG

يحق لكل الألمان التجمع بشكل سلمي وبلا سلاح،
دون الحاجة إلى إبلاغ السلطات المختصة مسبقا
بذلك، أوالحصول على تصريح به.

المادة ٨ / حرية التجمع / الفقرة ١

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung
oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Artikel 8 / Versammlungsfreiheit / Absatz 1

Artikel 6
EHE – FAMILIE

Ehe und Familie stehen
unter dem besonderen Schutze
der staatlichen Ordnung.

Artikel 6 / Ehe / Familie / Kinder / Absatz 1

يحظى الزواج وشؤون الأسرة بحماية خاصة من قِبَل الدولة.

المادة ٦ / الزواج / الأسرة / الأطفال / الفقرة ١

Artikel 1
WÜRDE

كرامة الإنسان لا يجوز المساس بها.

المادة ١ / كرامة الإنسان / حقوق الإنسان / الالتزام بالحقوق الأساسية / الفقرة ١

Die Würde des Menschen
ist unantastbar.

Artikel 1 / Menschenwürde / Menschenrechte / Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte / Absatz 1

Artikel 3
GLEICHHEIT

GLEICHES RECHT

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 3 / Gleichheit vor dem Gesetz / Absatz 1

Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Artikel 3 / Gleichheit vor dem Gesetz / Absatz 2

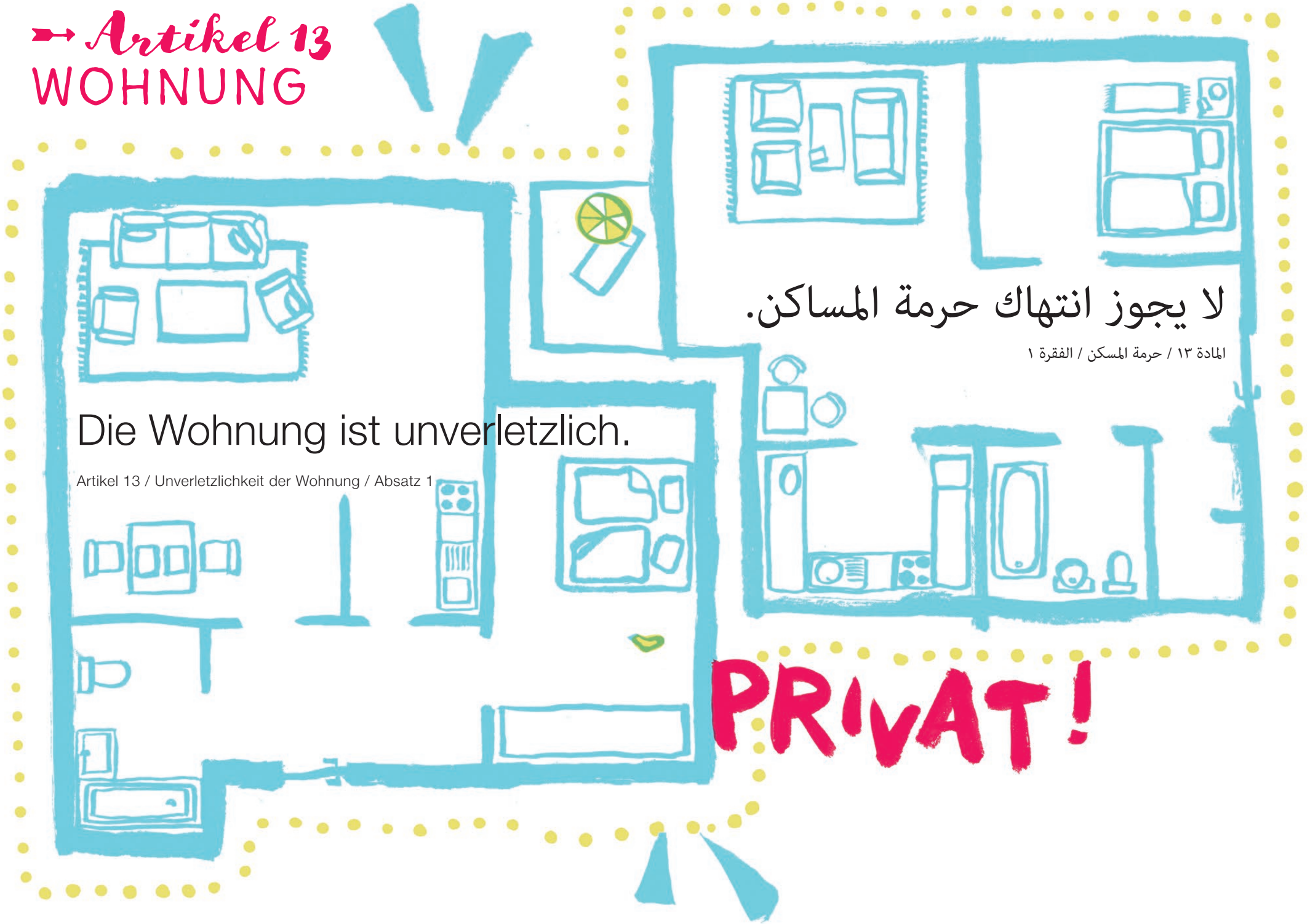
كل البشر متساوون أمام القانون.

المادة ٣ / المساواة أمام القانون / المساواة بين الرجال والنساء / حظر التمييز / الفقرة ١

الرجال والنساء متساوون في الحقوق.

المادة ٣ / المساواة أمام القانون / المساواة بين الرجال والنساء / حظر التمييز / الفقرة ٢

Artikel 13
WOHNUNG



لا يجوز انتهاك حرمة المساكن.

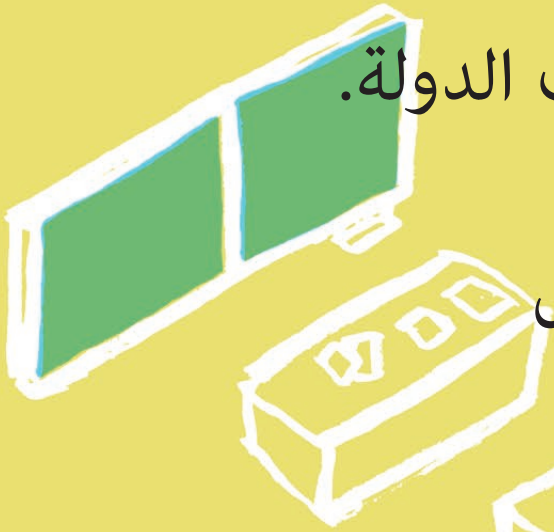
المادة ١٣ / حرمة المسكن / الفقرة ١

Die Wohnung ist unverletzlich.

Artikel 13 / Unverletzlichkeit der Wohnung / Absatz 1

PRIVAT!

Artikel 7
SCHULWESEN



تخضع كافة شؤون التعليم المدرسي لإشراف الدولة.

المادة ٧ / شؤون التعليم المدرسي / الفقرة ١

يحق لأولياء الأمور اتخاذ القرار فيما يختص بحضور أطفالهم دروس التربية الدينية.

المادة ٧ / شؤون التعليم المدرسي / الفقرة ٢

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

Artikel 7 / Schulwesen / Absatz 1

Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

Artikel 7 / Schulwesen / Absatz 2

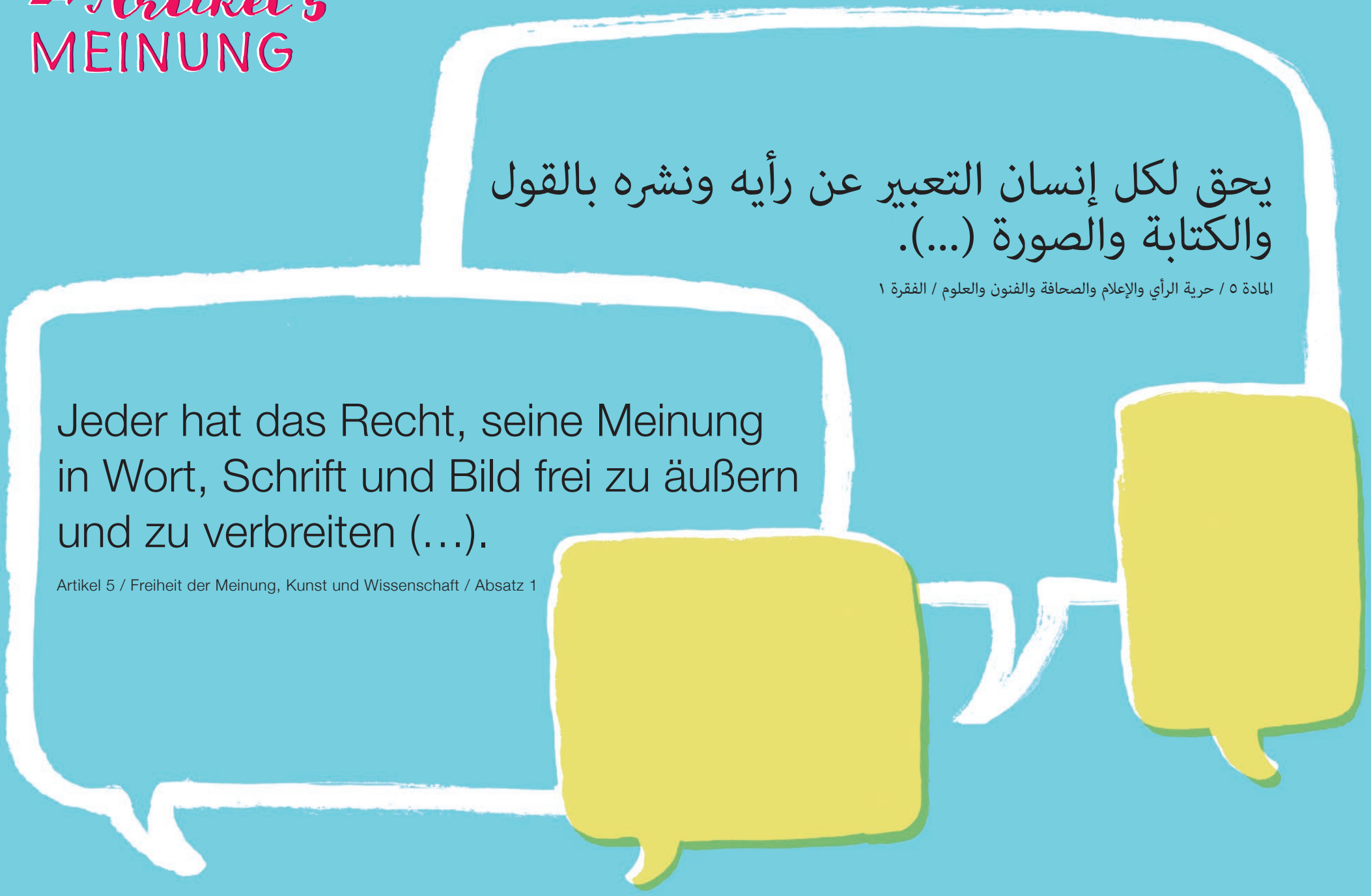
Artikel 5
MEINUNG

يحق لكل إنسان التعبير عن رأيه ونشره بالقول والكتابة والصورة (...).

المادة ٥ / حرية الرأي والإعلام والصحافة والفنون والعلوم / الفقرة ١

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (…).

Artikel 5 / Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft / Absatz 1



Artikel 4
GLAUBEN

لا يجوز انتهاك حرية العقيدة، ولا حرية الضمير،
ولا حرية اعتناق أي دين أوفلسفة حياتية.

المادة ٤ / حرية العقيدة والضمير / الفقرة ١

لا يجوز إجبار أحد ضد ضميره على
تأدية الخدمة العسكرية المقترنة باستخدام السلاح.

المادة ٤ / حرية العقيدة والضمير / الفقرة ٣

Die Freiheit des Glaubens,
des Gewissens und die Freiheit
des religiösen und weltanschaulichen
Bekenntnisses sind unverletzlich.

Artikel 4 / Glaubens- und Gewissensfreiheit / Absatz 1

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst
mit der Waffe gezwungen werden.

Artikel 4 / Glaubens- und Gewissensfreiheit / Absatz 3

Artikel 2
FREIE ENTFALTUNG

كل فرد له الحق في بلورة شخصيته بحرية (...).

المادة ٢ / الحريات الشخصية / الفقرة ١

كل فرد له الحق في الحياة، وفي سلامة شخصه.

المادة ٢ / الحريات الشخصية / الفقرة ٢

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (…).

Artikel 2 / Persönliche Freiheitsrechte / Absatz 1

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Artikel 2 / Persönliche Freiheitsrechte / Absatz 2

Grundgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland
(Auszug: Artikel 1 bis 20)

Die Überschriften der Grundrechte
sind kein amtlicher Bestandteil des Textes.

I. DIE GRUNDRECHTE

Artikel 1
Menschenwürde / Menschenrechte / Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte

1/ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
2/ Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
3/ Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
Persönliche Freiheitsrechte

1/ Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
2/ Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
Gleichheit vor dem Gesetz

1/ Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
2/ Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
3/ Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
Glaubens- und Gewissensfreiheit

1/ Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
2/ Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
3/ Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft

1/ Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
2/ Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
3/ Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
Ehe / Familie / Kinder

1/ Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
2/ Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
3/ Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
4/ Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
5/ Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
Schulwesen

1/ Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
2/ Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
3/ Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
4/ Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
5/ Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
6/ Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
Versammlungsfreiheit

1/ Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
2/ Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit

1/ Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
2/ Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
3/ Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den *Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Art. 87a Abs. 4 und Art. 91* dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des *Satzes 1* geführt werden.

Artikel 10
Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

1/ Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
2/ Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, dass sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und dass an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
Freizügigkeit

1/ Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
2/ Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
Berufsfreiheit

1/ Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
2/ Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
3/ Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
Militärische und zivile Dienstpflichten

1/ Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
2/ Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
3/ Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach *Abs. 1 oder 2* herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach *Satz 1* können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
4/ Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
5/ Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach *Abs. 3* nur nach Maßgabe des *Art. 80a Abs. 1* begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach *Abs. 3*, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbil-

dungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. *Satz 1* findet insoweit keine Anwendung.

6/ Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in *Abs. 3 Satz 2* genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt *Abs. 5 Satz 1* entsprechend.

Artikel 13
Unverletzlichkeit der Wohnung

1/ Die Wohnung ist unverletzlich.

2/ Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

3/ Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

4/ Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

5/ Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

6/ Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach *Abs. 3* sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach *Abs. 4* und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach *Abs. 5* erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

7/ Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
Eigentum / Erbrecht / Enteignung

1/ Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

2/ Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

3/ Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Vergesellschaftung

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt *Art. 14 Abs. 3 Satz 3 und 4* entsprechend.

Artikel 16
Staatsangehörigkeit / Auslieferung

1/ Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

2/ Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
Asylrecht

1/ Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

2/ Auf *Abs. 1* kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des *Satzes 1* zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des *Satzes 1* können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

3/ Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

4/ Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des *Abs. 3* und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

5/ Die *Absätze 1 bis 4* stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Petitionsrecht

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
Einschränkung der Grundrechte in besonderen Fällen

1/ Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (*Art. 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz*), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (*Art. 8*) und das Petitionsrecht (*Art. 17*), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

2/ Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (*Art. 11*) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (*Art. 13*) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Grundrechtsverwirkung

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (*Art. 5 Abs. 1*), die Lehrfreiheit (*Art. 5 Abs. 3*), die Versammlungsfreiheit (*Art. 8*), die Vereinigungsfreiheit (*Art. 9*), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (*Art. 10*), das Eigentum (*Art. 14*) oder das Asylrecht (*Art. 16a*) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
Einschränkung von Grundrechten – Rechtsweg

1/ Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

2/ In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

3/ Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

4/ Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. *Art. 10 Abs. 2 Satz 2* bleibt unberührt.

II. DER BUND UND DIE LÄNDER

Artikel 20
Verfassungsgrundsätze / Widerstandsrecht

1/ Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

2/ Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

3/ Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

4/ Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Artikel 20a
Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

— Impressum

— *Herausgeberin:* Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de

— *Redaktion:* Iris Möckel (verantwortlich), Linda Kelch, beide bpb

— *Quellen:*
Deutscher Text: Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz
Englischer Text: Deutscher Bundestag; https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80201000.pdf
Lektorat: David Thorne, Bornheim
Arabischer Text: Deutscher Bundestag; https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80209000.pdf
Lektorat: Dr. Petra Uphoff, Köln

— *Gestaltung und Illustration:*
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

— *Druck:* media production, Bonn GmbH

— *Urheberrechte:* Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

— *Redaktionsschluss der 1. Auflage:*
November 2015, Bestell-Nr. 5441,
bestellbar unter: www.bpb.de/falter

القانون

الأساسي لجمهورية ألمانيا الاتحادية

(مقتطف من المواد ١-٢٠)

الفصل الأول (I): الحقوق الأساسية

المادة ١
كرامة الإنسان / حقوق الإنسان / الالتزام بالحقوق الأساسية

١\ كرامة الإنسان لا يجوز المساس بها. وباحترامها وصونها تلتزم جميع السلطات في الدولة.
٢\ بناء على ذلك يؤمن الشعب الألماني بأن للإنسان حقوقا لا يجوز انتهاكها ولا التخلي عنها، وتُعد قاعدة أساسية لتعايش البشر في كل مجتمع، وللسلام والعدالة في العالم.
٣\ تلتزم السلطات التشريعية والتنفيذية والقضائية بالحقوق الأساسية التالية باعتبارها تشريعات نافذة بشكل مباشر.

المادة ٢
الحريات الشخصية

١\ كل فرد له الحق في بلورة شخصيته بحرية، طالما أنه لا ينتهك حقوق الآخرين ولا يخل بالنظام الدستوري، ولا بالآداب العامة.
٢\ كل فرد له الحق في الحياة، وفي سلامة شخصه. ولا يجوز انتهاك حرية الفرد. ولا يُسمح بالتدخل في هذه الحقوق إلا بناء على قانون.

المادة ٣
المساواة أمام القانون / المساواة بين الرجال والنساء / حظر التمييز

١\ كل البشر متساوون أمام القانون.
٢\ الرجال والنساء متساوون في الحقوق. وتَدعم الدولة التنفيذ الفعلي للمساواة بين النساء والرجال، وتعمل على إزالة أي قصور قائم في هذا المجال.
٣\ لا يجوز أن يُمَيز أحد أو أن يُضار أحد بسبب جنسه، أو نسبه، أو عرقه، أو لغته، أو وطنه ومنشئه، أو عقيدته، أو رؤيته الدينية أوالسياسية. ولا يجوز أن يضار أحد بسبب كونه معاقا.

المادة ٤
حرية العقيدة والضمير

١\ لا يجوز انتهاك حرية العقيدة، ولا حرية الضمير، ولا حرية اعتناق أي دين أوفلسفة حياتية.
٢\ تُكفل الممارسة الآمنة للشعائر الدينية.
٣\ لا يجوز إجبار أحد ضد ضميره على تأدية الخدمة العسكرية المقترنة باستخدام السلاح. وتُنظم التفاصيل بقانون اتحادي.

المادة ٥
حرية الرأي والإعلام والصحافة والفنون والعلوم

١\ يحق لكل إنسان التعبير عن رأيه ونشره بالقول والكتابة والصورة، كما أن له الحق في الحصول على المعلومات بدون عائق من المصادر المتاحة للعامة. وتُكفل حرية الصحافة، وحرية التغطية الإعلامية عبر الوسائل المسموعة والمرئية. ولا يجوز فرض رقابة على ذلك .
٢\ تخضع أي تقييدات لهذه الحقوق لأحكام القوانين العامة، وأحكام القوانين الخاصة بحماية الأحداث، وللتشريعات الخاصة بحق الشرف الشخصي.
٣\ حرية الفنون والعلوم والأبحاث والتعليم مكفولة. وحرية التعليم لا تعفي من الولاء للدستور.

المادة ٦
الزواج / الأسرة / الأطفال

١\ يحظى الزواج وشؤون الأسرة بحماية خاصة من قِبَل الدولة.
٢\ رعاية الأطفال وتربيتهم هما الحق الطبيعي للأبوين، وأول الواجبات الملقاة على عاتقهما. وتُعنى الدولة بمراقبة قيامهما بذلك.
٣\ إذا فشل أولياء أمور الأطفال في القيام بذلك، أو أصبح الأطفال مهددين لأسباب أخرى بالتشرد، فلا يجوز فصلهم عن أُسرهم رغماً عن أولياء أمورهم إلا بناء على قانون.
٤\ كل أم لها الحق في أن يقدم المجتمع لها الحماية والرعاية.
٥\ يجب العمل تشريعياً على أن تتوفر للأطفال المولودين خارج إطار الزوجية نفس الظروف التي تتهيأ لغيرهم من الأطفال المولودين في إطار الزوجية؛ للتطور بدنياً ونفسياً، والتمتع بمكانتهم في المجتمع.

المادة ٧
شؤون التعليم المدرسي

١\ تخضع كافة شؤون التعليم المدرسي لإشراف الدولة.
٢\ يحق لأولياء الأمور اتخاذ القرار فيما يختص بحضور أطفالهم دروس التربية الدينية.
٣\ تكون دروس التربية الدينية مادة تعليمية أساسية في المدارس الحكومية، باستثناء المدارس التي لا تنظم حصصاً لتعليم الدين. ودون المساس بحق الدولة الإشرافي، يتم تقديم دروس التربية الدينية بشكل يتفق مع العقائد الأساسية للطائفة الدينية المعنية. ولا يجوز إلزام أي مدرس بتدريس مادة التربية الدينية رغماً عنه.
٤\ يُكفل الحق في إنشاء مدارس خاصة. ويستلزم إنشاء المدارس الخاصة كبديل للمدارس الحكومية موافقة الدولة، والخضوع لقوانين الولاية المعنية. ويتم منح الموافقة، إذا لم يكن مستوى الأهداف التعليمية للمدرسة الخاصة ومرافقها، والتأهيل العلمي لمدرسيها أقل منه في مثيلاتها من المدارس الحكومية، ولم يجر فيها تصنيف التلاميذ تبعاً للمستوى المادي لأولياء أمورهم. ويجب حجب الموافقة، إذا ثبت أن الوضع الاقتصادي والقانوني لهيئة التدريس في المدارس الخاصة المعنية غير مُؤمَن بشكل كاف.
٥\ لا يُسمح بإنشاء أي مدرسة ابتدائية خاصة إلا إذا أقرت الإدارة التعليمية بأن لهذه المدرسة فائدة تربوية مُميزة، أو إذا تم إنشاؤها، بطلب من أولياء الأمور، كمدرسة تابعة للحق العام، أو كمدرسة طوائفية، أو قائمة على فلسفة حياتية، ولا توجد مدرسة ابتدائية حكومية مماثلة لها في محيط المنطقة المعنية.
٦\ يستمر إلغاء إنشاء المدارس الأولية التمهيدية.

المادة ٨
حرية التجمع

١\ يحق لكل الألمان التجمع بشكل سلمي وبلا سلاح، دون الحاجة إلى إبلاغ السلطات المختصة مسبقا بذلك، أوالحصول على تصريح به.
٢\ إذا كان التجمع في الأماكن العامة، فيمكن الحد من هذا الحق بقانون أوبناء على قانون.

المادة ٩
حرية تكوين الجمعيات والاتحادات

١\ يحق لكل الألمان تكوين جمعيات أو اتحادات.
٢\ يتم حظر الجمعيات التي تكون أهدافها أو أنشطتها مخالفة لأحكام القوانين الجزائية أو تكون مناهضة للنظام الدستوري أو لفكر التفاهم بين الشعوب.
٣\ إن حق كل فرد وكل فئة مهنية في تكوين اتحادات أوجمعيات من أجل صون وتحسين ظروف العمل والظروف الاقتصادية هو حق مكفول. وكل اتفاق يهدف إلى الحد من هذا الحق أو إعاقته يُعتبر باطلا. وكل إجراء في هذا الاتجاه يكون مخالفا للقانون. ولا يجوز أن تُتخذ الإجراءات الواردة في المادة ١٢أ، والمادة ٣٥ الفقرتين ٢ و٣ ، والمادة ٨٧أ فقرة ٤، والمادة ٩١ ضد أي فعاليات عمالية تقوم بها اتحادات مُشكلة طبقا للجملة ١ من هذه المادة لصون وتحسين ظروف العمل والظروف الاقتصادية.

المادة ١٠
سرية الرسائل والبريد والاتصالات

١\ لا يجوز انتهاك سرية الرسائل والمراسلات البريدية والاتصالات.
٢\ لا يجوز فرض أي تقييدات لهذه السرية إلا بناء على قانون. وإذا كانت هذه التقييدات تفيد في حماية النظام الأساسي الديموقراطي الحر ، أو في حماية كيان أو أمن الاتحاد، أو كيان إحدى الولايات أو أمنها، فيجوز أن ينص القانون على عدم إبلاغ المعنيين بهذه التقييدات، والاستعاضة عن المقاضاة بفحص الأشياء المعنية بواسطة هيئات وأجهزة مساعدة يتم تحديدها من قبل المجالس النيابية.

المادة ١١
حرية التنقل والإقامة

١\ يتمتع جميع الألمان بحرية التنقل والإقامة في أي منطقة من مناطق الاتحاد.
٢\ لا يجوز الحد من هذا الحق إلا بقانون أوبناء على قانون، وفي الحالات التي لا تتوفر فيها المقومات الأساسية للحياة بشكل كاف، ويمكن أن تشكل عبئاً خاصاً للعامة، أو التي يلزم فيها دفع خطر يهدد كيان الاتحاد أو نظامه الأساسي الديموقراطي الحر، أو كيان إحدى الولايات أو نظامها الأساسي الديموقراطي الحر، أو يلزم فيها مكافحة انتشار الأوبئة والكوارث الطبيعية أو الحوادث المفجعة، أو حماية الأحداث من التشرد، أو يلزم فيها الوقاية الاحترازية من وقوع جرائم.

المادة ١٢
حرية اختيار ومزاولة المهنة / حظر العمل القسري

١\ يحق لكل ألماني أن يختار المهنة ومكان العمل وأماكن التدريب والتأهيل بحرية. ويجري تنظيم عملية مزاولة المهنة بقانون أو بناء على قانون.
٢\ لا يجوز إجبار أحد على مزاولة عمل معين إلا في إطار أي خدمات عامة متعارف علي وجوبها الشامل، ويتساوى الجميع إزاء أدائها.
٣\ لا يُسمح بالعمل القسري إلا في حالة السجن بأمر قضائي.

المادة ١٢أ
واجب الخدمة العسكرية والمدنية

١\ يجوز إلزام الذكور الذين بلغوا سن الثامنة عشرة أو أكثر بالخدمة في القوات المسلحة أو في قوات حرس الحدود الاتحادية أو في أي جمعية لحماية المدنيين .
٢\ من يمتنع ضميرياً عن تأدية الخدمة العسكرية المقترنة باستخدام السلاح، يمكن إلزامه بأداء خدمة بديلة. ولا يجوز أن تكون مدة الخدمة البديلة أطول من مدة الخدمة العسكرية. والتفاصيل ينظمها قانونٌ لا يجوز أن يحد من حرية القرار النابع من الضمير، كما يتعين أن ينص على إمكانية لأداء خدمة بديلة ليس لها أي علاقة بوحدات القوات المسلحة، ولا بقوات حرس الحدود الاتحادية.
٣\ المستحقون للتجنيد في القوات المسلحة، الذين لم يتم إلزامهم بأي خدمة وفق الفقرة ١ أو الفقرة ٢، يجوز إلزامهم في حالة الدفاع، بقانون أو بناء على قانون، بالعمل في مجال الخدمات المدنية لأغراض الدفاع، بما في ذلك حماية المدنيين. ولا يُسمح بالإلزام بالعمل في المؤسسات العامة إلا في مجال ممارسة مهام شرطية أو ما يشبهها من مهام سيادية منوطة بالإدارات العامة، والتي لا يمكن أداؤها إلا من خلال علاقة عمل لدى المؤسسات العامة. ويجوز الإلزام بأداء الخدمة الواردة في الجملة ١ لدى القوات المسلحة، إذا كانت في مجال الإمداد والتزويد، أو في مجال الإدارة العامة؛ كما لايجوز الإلزام بالعمل في مجال تزويد المواطنين المدنيين إلا إذا كان ذلك لتغطية حاجاتهم الضرورية للحياة أو لتأمين حمايتهم.
٤\ إذا تعذر، في حالة الدفاع، تغطية الحاجة إلى الخدمات المدنية في مجال إسعاف وعلاج المدنيين، وفي المستشفيات العسكرية الثابتة بالطرق الطوعية، فيجوز، بقانون أو بناء على قانون، تكليف إناث ممن تتراوح أعمارهن بين الثامنة عشرة والخامسة والخمسين بأداء هذه الخدمات. ولا يجوز بأي حال إجبارهن على الخدمة العسكرية المقترنة باستخدام السلاح.
٥\ خلال فترة ما قبل وقوع حالة الدفاع، لا يجوز الإلزام بالخدمات الواردة في الفقرة ٣ إلا طبقا لأحكام المادة ٨٠أ فقرة ١. وإعدادا للقيام بالخدمات الواردة في الفقرة ٣، والتي تتطلب معارف خاصة أو مهارات متميزة، يجوز، بقانون أوبناء على قانون، أن يُلزم المستخدمون بالمشاركة في دورات تدريبية وتأهيلية. ولا تسري هنا أحكام الجملة ١.
٦\ إذا تعذر، في حالة الدفاع، تلبية الحاجة إلى قوى عاملة في مجالات العمل المذكورة في الفقرة ٣ جملة ٢ بطرق طوعية، فإنه لسد هذه الحاجة، يجوز، بقانون أو بناء على قانون، الحد من حرية المواطنين الألمان في التخلي عن ممارسة المهنة أو ترك مكان العمل. وتسري الفقرة ٥ جملة ١ بالنسبة لفترة ما قبل وقوع حالة الدفاع.

المادة ١٣
حرمة المسكن

١\ لا يجوز انتهاك حرمة المساكن.
٢\ لا يجوز تفتيش المسكن إلا بأمر من القاضي. وفي حالة الخطر وشيك الوقوع يجوز أيضا أن يجري تفتيش المسكن المعني بأمر من هيئات أخرى منصوص عليها في القوانين، وبحيث لا تجرى عملية التفتيش إلا بالطريقة التي حددتها هذه القوانين.
٣\ إذا بررت وقائع معينة الاشتباه في أن شخصاً ما قد ارتكب جريمة مصنفة بقانون كجريمة كبرى، فإنه للتحري عن هذه الجريمة يجوز، بناء على أمر قضائي، استخدام وسائل تقنية لإجراء مراقبة سمعية للمسكن الذي يُعتقد أن المشتبه به يقيم فيه، إذا تبين أن الكشف عن حيثيات الجريمة بطرق أخرى قد يصبح صعبا تماما، أوعديم الجدوى. ويجب أن يكون هذا الاستخدام لمدة محدودة، وتتولى إصدار الأمر بهذا الاستخدام هيئة تحكيم من ثلاثة قضاة. وفي حالة الخطر وشيك الوقوع يجوز أن يتولى قاض واحد إصدار الأمر.
٤\ لا يجوز استخدام أي وسائل تقنية لمراقبة المساكن المعنية في حالة دفع الأخطار التي تهدد الأمن العام، وعلى الأخص الخطر الشامل أو الخطر على الحياة، إلا بناء على أمر قضائي. وفي حالة الخطر وشيك الوقوع يجوز أيضا أن تتولى إصدار الأمر باستخدام هذه الوسائل جهة أخرى مُحددة قانونيا. ويجب إلحاق هذا الأمر دون إبطاء بأمر قضائي.
٥\ إذا كان استخدام الوسائل التقنية مخصصا فقط لحماية من يقومون بتفتيش المساكن، فيجوز إصدار الأمر بهذا الإجراء من قبل جهة مُحددة قانونيا. ولا يجوز الاستفادة بأية معلومات تم الحصول عليها أثناء هذا الاستخدام في أي غرض آخر إلا في الإجراءات القانونية، وفي دفع الخطر، ولا يُسمح بهذه الاستفادة إلا إذا تم مسبقا الإقرار قضائياً بقانونية استخدام الوسائل التقنية المذكورة؛ وفي حالات منع وقوع خطر وشيك يجب أن يصدر الأمر القضائي لاحقاً وبدون إبطاء.
٦\ تقوم الحكومة الاتحادية بإبلاغ البوندستاغ في تقرير سنوي بكل ماتم استخدامه من وسائل تقنية وفقا للفقرة ٣، وكذلك بكل ما وقع في نطاق مسؤولية الاتحاد من استخدام لوسائل تقنية وفقا للفقرة ٤، وبما تم استخدامه وفق الفقرة ٥ من وسائل تقنية تستلزم المراجعة القضائية. وبناء على هذا التقرير تتولى هيئة منتخبة من قبل البوندستاغ دور المراقبة البرلمانية. وتكفل ولايات الاتحاد إجراء رقابة برلمانية متكافئة.

٧\ لا يجوز التدخل فيما عدا ذلك باتخاذ أي إجراء أو بوضع أي تقييدات إلا لدفع خطر شامل أو خطر على حياة الأشخاص، وكذلك، وبناء على قانون، لاتقاء أخطار تهدد الأمن العام والنظام العام، وأيضا وبوجه أخص للتغلب على أزمة المساكن، أومكافحة خطر انتشار الأوبئة، أو لحماية الأحداث المُعرضين للخطر.

المادة ١٤
الملكية الخاصة / حق الإرث / نزع الملكية الخاصة

١\ يُكفل حق الملكية الخاصة وحق الإرث، وتنص القوانين على مضمونهما ومُقيداتهما.
٢\ حق الملكية الخاصة يستوجب التزامات. وينبغي أن تكون ممارسة هذا الحق لخدمة الصالح العام أيضا.
٣\ لا يُسمح بنزع الملكية الخاصة إلا إذا كان للصالح العام، ولا يتم نزع الملكية الخاصة إلا بقانون، أوبناء على قانون يحدد في الوقت نفسه نوع التعويضات ومقدارها. ويجب تحديد هذه التعويضات على أساس التوازن العادل بين الأطراف المعنية من ناحية، والصالح العام من ناحية أخرى. وفي حالة المنازعة حول مقدار التعويضات يمكن اللجوء إلى التقاضي أمام المحاكم النظامية.

المادة ١٥
التحويل إلى الملكية العامة

خدمةً للأغراض الاجتماعية العامة يجوز تحويل الملكية الخاصة للأراضي والثروات الطبيعية ووسائل الإنتاج إلى ملكية عامة أو إلى أي شكل من أشكال المؤسسات الاقتصادية العامة، وذلك بقانون ينظم نوع التعويضات ومقدارها. وتسري المادة ١٤ الفقرة ٣ الجملتان ٣ و٤ بالنسبة لهذه التعويضات.

المادة ١٦
حظر سحب الجنسية والتسليم إلى دولة أخرى

١\ لا يجوز سحب الجنسية الألمانية من حاملها. ولا يُسمح بإسقاط الجنسية عن أي مواطن إلا بموجب قانون، ولا يجوز تنفيذ هذا الإجراء رغماً عن الشخص المعني، إذا كان الشخص المعني سيصبح جرّاء ذلك عديم الجنسية.
٢\ لا يجوز تسليم أي مواطن ألماني إلى دولة أجنبية. ويجوز، بموجب قانون، إصدار قاعدة تنظيمية مغايرة لذلك بالنسبة للتسليم إلى إحدى الدول الأعضاء في الاتحاد الأوروبي، أو إلى محكمة دولية، إذا تمت مراعاة مبادئ الدولة الدستورية.

المادة ١٦أ
حق اللجوء

١\ يحظى المُلاحقون سياسياً بحق اللجوء.
٢\ لا يجوز الاستناد إلى الفقرة ١ بالنسبة للاجئين القادمين من إحدى الدول الأعضاء في المجموعات الأوروبية، أومن أي دولة أخرى تكفل تطبيق الاتفاق الخاص بالوضع القانوني للاجئين، والمعاهدة الخاصة بحماية حقوق الإنسان والحريات الأساسية. ويتم تحديد الدول التي هي خارج المجموعات الأوروبية وتفي بالشروط الواردة في الجملة ١ بموجب قانون يستلزم موافقة البوندسرات عليه. ويجوز إتخاذ إجراءات إنهاء الإقامة في الحالات المبينة في الجملة ١ دون تقيد بأي طعن قضائي مقدم ضد هذه الإجراءات.

٣\ يمكن، بموجب قانون يوافق عليه البوندسرات، تحديد الدول التي يتبين فيها، بناء على الوضع القانوني فيها، وتطبيقها للقانون، والأوضاع السياسية العامة فيها؛ ضمان عدم وجود ملاحقة لمواطنيها سياسيا، أوعقوبات أومعاملات غير إنسانية، أو مهينة. ويجوز الاعتقاد في أن الأجنبي القادم من مثل هذه الدول لايعاني من ملاحقة سياسية هناك، إذا لم يقدم الوقائع التي تبرر القبول بأنه، وخلافاً لهذا الاعتقاد، ملاحق سياسياً.
٤\ لا يجوز بواسطة المحكمة وقف تنفيذ إجراءات إنهاء الإقامة في الحالات الواردة في الفقرة ٣، وفي حالات أخرى تبدو بوضوح أنها غير مُسببة، أو تُعد بشكل واضح غير مُسببة، إلا إذا كانت هناك شكوك جدية في قانونية تلك الإجراءات؛ ويجوز الحد من مدى التحقق، كما يمكن عدم مراعاة أي طعون قضائية متأخرة. وينص قانون على التفاصيل.
٥\ لا تتعارض الفقرات ١ إلى ٤ مع الاتفاقيات التي تعقدها وفقاً للقانون الدولي دول أعضاء في المجموعات الأوروبية مع بعضها البعض، أو مع دول أخرى تقوم بوضع قواعد تنظيمية للاختصاص في نظر طلبات اللجوء السياسي، بما في ذلك الاعتراف المتبادل بينها بالقرارات المتعلقة باللجوء السياسي، وذلك بناء على مراعاتها للالتزامات المترتبة على الاتفاق الخاص بالوضع القانوني للاجئين والمعاهدة الخاصة بحماية حقوق الإنسان والحريات الأساسية التي يتحتم ضمان تطبيقها في الدول الأطراف في تلك الاتفاقيات.

المادة ١٧
حق تقديم الالتماسات

كل فرد، سواء أكان بمفرده أو بالاشتراك مع مجموعة من الأفراد، له الحق في التقدم كتابيا بالتماسات أو بشكاوى إلى الجهات المختصة، وإلى المجالس النيابية.

المادة ١٧أ
تقييد الحقوق الأساسية في حالات خاصة

١\ يجوز أن تنص القوانين الخاصة بالخدمة العسكرية والخدمة البديلة لها على أن تُفرض، أثناء فترة الخدمة العسكرية والخدمات البديلة، تقييدات للحقوق الأساسية لأفراد القوات المسلحة والمتحقين بالخدمات البديلة في التعبير الحر عن رأيهم بالقول والكتابة والصورة ونشره (المادة ٥ فقرة ١، النصف الأول من الجملة الأولى)، وفي حرية التجمع (مادة ٨)، وفي تقديم الالتماسات (مادة ١٧)، إذا كان الحق في تقديم الالتماسات والشكاوى بالاشتراك مع آخرين مكفولا لهم.
٢\ يجوز أن تنص القوانين المتعلقة بالدفاع، بما في ذلك حماية المدنيين، على وضع تقييدات للحق الأساسي في حرية التنقل والإقامة (المادة ١١) وفي صون حرمة المسكن (المادة ١٣).

المادة ١٨
فقدان الحقوق الأساسية

كل من يستخدم حرية التعبير عن الرأي، وخاصةً حرية الصحافة (المادة ٥ فقرة ١) أو حرية التعليم (المادة ٥ فقرة ٣) أو حرية التجمع (المادة ٨)، أو حرية تكوين الجمعيات (المادة ٩) أو سرية الرسائل والمراسلات البريدية والاتصالات (المادة ١٠) أو حق الملكية الخاصة (المادة ١٤) أوحق اللجوء السياسي (المادة ١٦أ)، في محاربة النظام الأسسي الديمقراطي الحر فإنه يفقد التمتع بهذه الحقوق الأساسية. وتتولى المحكمة الدستورية الاتحادية إصدار الحكم بهذا الفقدان ومداه.

المادة ١٩
الحد من الحقوق الأساسية / حق التقاضي

١\ إذا تم اللجوء وفقا لهذا القانون الأساسي إلى الحد من أحد الحقوق الأساسية بقانون، أوبناء على قانون، فيجب أن يكون سريان هذا القانون عاماً، وألا يقتصر على حالة منفردة. وعلاوة على ذلك يجب أن يسمي هذا القانون الحق الأساسي المعني، والمادة الخاصة به في القانون الأساسي.
٢\ لا يجوز بأي حال المساس بجوهر مضمون الحق الأساسي ذاته.
٣\ تسري الحقوق الأساسية أيضاً بالنسبة للأشخاص الاعتباريين داخل الدولة، إذا كانت هذه الحقوق في جوهرها صالحة لأن تطبق عليها.
٤\ إذا انتهكت السلطات العامة حقوق أحد، فيمكنه اللجوء إلى التقاضي، ويكون ذلك أمام المحاكم النظامية، إذا لم يكن هناك داع للجوء إلى محكمة مختصة أخرى. ولا يمس ذلك المادة ١٠ فقرة ٢ جملة ٢.

الفصل الثاني (II): الاتحاد والولايات

المادة ٢٠
المبادئ الدستورية / حق المقاومة

١\ جمهورية ألمانيا الاتحادية هي دولة اتحادية ديمقراطية واجتماعية.
٢\ الشعب هو مصدر جميع سلطات الدولة. وتجري ممارسة هذه السلطات من قِبَل الشعب بالانتخاب والتصويت، وعبر هيئات خاصة للسلطات التشريعية والتنفيذية والقضائية.
٣\ تلتزم السلطة التشريعية بالنظام الدستوري، بينما تلتزم السلطة التنفيذية والسلطة القضائية بالحق والقانون.
٤\ يحق لكافة المواطنين مقاومة كل من يحاول القضاء على هذا النظام، إذا لم يمكن منعه من ذلك بوسائل أخرى.

المادة ٢٠أ
حماية المقومات الطبيعية للحياة وحماية الحيوانات

انطلاقاً من مسؤوليتها حيال الأجيال القادمة أيضاً تقوم الدولة في إطار النظام الدستوري بحماية المقومات الطبيعية الأساسية للحياة وحماية الحيوانات، وذلك بوضع التشريعات اللازمة، وعبر السلطتين التنفيذية والقضائية طبقاً للحق والقانون.

— البصمة

— **الناشر:** ٥٣١١٣ بون، ٨٦ Adenauerallee،
المركز الاتحادي للتربية المدنية
(Bundeszentrale für politische Bildung)،
www.bpb.de

— **هيئة التحرير:** (المسؤلة) Iris Möckel،
Linda Kelch، كلتاهما bpb

— **المصدر:**
النص الألماني: البوندستاغ (مجلس النواب الاتحادي الألماني)
www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz
النص الانكليزي: البوندستاغ
(مجلس النواب الاتحادي الألماني)
https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80201000.pdf
تحرير النسخ: David Thorne، بورنهايم/ Bornheim
نص العربي: البوندستاغ (مجلس النواب الاتحادي الألماني)
https://www.btg-bestellservice.de/pdf/80209000.pdf
تحرير النسخ: Dr. Petra Uphoff، كولن

— **تصميم / الرسوم التوضيحية:**
Leitwerk. Büro für Kommunikation، كولن
www.leitwerk.com
— **طباعة:** Bonn GmbH، media production

— **المحمية بموجب:** النص والرسوم التوضيحية
المحمية بموجب حقوق النشر

— **الموعد النهائي لتحرير الطبعة الأولى:** ١. تشرين الثاني / نوفمبر ٢٠١٥، رقم الطلب: ٥٤٤١
طلب الشراء: www.bpb.de/falter